

Übersicht der Presse.

Eine recht scharfe Kritik an den sozialdemokratischen Friedensfanatikern übt in der Frankfurter Volksstimme der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Quard. Er schreibt:

„Wie kann ich von meiner Heimat, gegen die sich ringsum im Auslande drohende Hände erheben, verlangen, sie solle die Bedrohung abwehren mit Friedensvorschlügen? Mir erscheint das nicht bloß gänzlich wirkungslos und deshalb überflüssig, weil man wirkungslose Demonstrationen möglichst vermeidet, sondern auch unklug und verhängnisvoll. Deshalb bleibe ich dabei, die Aufforderung zu Friedensvorschlügen, einseitig an die deutsche Adresse gerichtet, nicht gelten lassen und mitmachen zu können. Wir deutschen Sozialisten haben keine andere Möglichkeit, als durch unsere Holländer und Schweizer Freunde den französischen und englischen Genossen sagen zu lassen: „sobald ihr eure Schuldigkeit für den Frieden tut, tun wir sie auch, wir wollen sogar vorangehen, wenn wir wissen, daß ihr mit tut. Solange das aber nicht geschieht, muten wir unserer Heimat nichts Anmögliches und Unpraktisches zu. Solange helfen wir Deutschland, daß es sich feste seiner Haut wehrt, bis die Friedenssehnsucht drüben ernsthaft erwacht. Dann ist es Zeit, sich für den Frieden einzusetzen.“

Nicht minder entschieden ruft ein ungenannter sozialdemokratischer Abgeordneter im Karlsruher Volksfreund den wieder lebendig werdenden „Anentwegten“ der Partei ein „Halt — nicht weiter“ zu. Er schreibt gegen die „Liebknechtianer“:

Mit Liebknecht fing es im Dezember vorigen Jahres an. Die Reichstagsfraktion hat dann nach stundenlangen Verhandlungen ihren Beschluß gegen sein parteischädigendes Verfahren gefaßt und ihm ihre Meinung mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit gesagt. Ließ doch der Schlußsatz ihrer Resolution erkennen, daß sie die Gemeinschaft mit ihm gelöst haben würde, wenn ihr das Organisationsstatut der Partei eine Handhabe dazu geboten hätte. Sollte sich aber irgendein Mitglied der Fraktion der Ansicht hingegeben haben, dieser Beschluß werde auf denjenigen und diejenigen wirken, auf die er zielte, dann würde dieses in der Zwischenzeit Enttäuschung über Enttäuschung erlebt haben. Denn Leute wie Liebknecht und sein Anhang sind nicht zu belehren, auch nicht durch die stärksten Beschlüsse im Saum zu halten... Es war jedem Einsichtigen schon seit Monaten klar, daß Liebknecht nicht lange allein stehen werde mit der absurden Ansicht, die überwältigende Mehrheit unserer Abgeordneten hätte das Volk verraten, die Disziplin gebrochen und sich ihres Mandats unwürdig gemacht, nur er habe die Disziplin hochgehalten und die wahren Interessen unseres Volkes gerettet... Zwischen dem Schuft, der für ein paar Judasgroschen die vertrauten Verhandlungen der Fraktion, die Besprechungen unserer Parteivorsteher mit den Männern der Regierung an die ehrenwerte Werner Tagwacht verhöferte, und dem Parteivorstehenden Gaase, zwischen Westmeber auf der einen Seite und einem alten Parteiveteranen wie Theodor Schwarz auf der anderen, zwischen dem unermüdlichen Bühler Rühle und dem hoffnungslos verwirrten Eduard Bernheim gibt es sicher sehr grobe Unterschiede. Aber gefunden haben

sie sich doch. Gefunden in dem Kultus des Wortabfalsismus, der unentwegten Opposition um der Opposition willen. Der „Geist“ Liebknechts ist in ihnen allen. Jetzt heißt es die Partei vor dem politischen Abgrund zu warnen, in den jene Liebknechtianer (denn das sind sie ausnahmslos, da sie Liebknecht überlassen haben, ihre Proklamation zu verfassen) sie führen wollen.“

Der Reichstagsabgeordnete, der der Verfasser dieses Artikels ist, erwartet, daß die Massen selbst den Liebknechtianern ein „Halt — bis hierher und nicht weiter!“ zurufen:

„Mögen die Liebknechtianer unsererwegen sich als „Märtyrer“ ihrer Gesinnungsstüchtigkeit aufspielen. Lieber zeh'n Duzend „Märtyrer“ vom Schlage der Liebknecht, Mehring, Gaase, Bernstein und Kautsky, denen das schreckliche Schicksal droht, daß ihnen in ihren Schreibstuben die Tinte eintrocknet, als ein einzig armes Opfer, welches ihr Treiben mit seinem warmen Blute bezahlen muß.“

In der Badischen Landeszeitung wird an die Eugen Diedrichsche Erklärung, bei der vielerwähnten Spittelerfeier sei die deutsche Gesandtschaft in Zürich vertreten gewesen, folgende Bemerkung gehängt:

„Der Fall Spitteler hat seinerzeit nicht nur in ganz Deutschland, das der Schweizer Dichter in seinem bekannten Vortrag so schwer kränkte, das peinlichste Aufsehen hervorgerufen, er hat auch in der Schweiz die Gemüter stark erregt. Man muß also als selbstverständlich annehmen, daß dem deutschen Generalkonsul in Zürich der Vortrag Spittelers und die Folgen, die er hatte, aufs genaueste bekannt waren. Er hat sich vielleicht sogar dienstlich mit der Angelegenheit in der einen oder anderen Art befaßt müssen. Daß er trotz alledem der Geburtstagsfeier dieses Mannes mit der deutschfeindlichen Gesinnung dem Festakt wie dem Festmahl, beiwohnte, erscheint uns gänzlich unbegreiflich. Der deutsche Generalkonsul hätte schon mit Rücksicht auf die Stimmung, die in Deutschland Spitteler gegenüber herrscht, der Feier fernbleiben müssen; er mag sich selbst zu dem Fall stellen, wie er will. In weiten Kreisen des deutschen Volkes wird man von diesem Schritt eines amtlichen Vertreters seiner Regierung mit peinlichem Befremden Kenntnis nehmen.“